Arbeiterpolitik

9. Jahrgang Nr. 1 · Stuttgart, den 5. Januar 1956 · 40 Pfennig

Weltpolitische Jahresbilanz

Oekonomisch ist das Jahr 1955 ein Höhepunkt für die kapitalistische Gesellschaft geworden. Alle kapitalistischen Länder haben mengen- und wertmäßig neue Rekorde erreicht. Allen voran die USA und die deutsche Bundesrepublik. Aber dennoch ist es nur ein Altweibersommer für die kapitalistische Gesellschaft. Zwiefach bringen das die Kapitalistenklasse und ihre kritiklosen Mitläufer in ihrem Verhalten instinktiv zum Ausdruck. Einmal durch ihre auf höchste gesteigerte Betriebsamkeit, am Profitstreben teilzunehmen und andererseits in ihrer zunehmenden Unruhe gegenüber den Vorboten des Endes der stürmischen Aufwärtsentwicklung. Alle möglichen Rezepte zur Verhinderung der drohenden Krise werden vorgeschlagen und praktiziert. Den Kurstreibereien an der Börse wird durch Kreditbeschränkungen und Zinserhöhungen vorzubeugen versucht. Gegen Preissteigerungen wird den Arbeitern Sparsamkeit und Verzicht auf Lohnerhöhungen empfohlen.

In der **Bundesrepublik** wurden 5 Milliarden DM Steuergelder gehortet, d. h. aus dem kapitalistischen Verwertungsprozeß herausgenommen, um die Produktionsausweitung durch Neuinvestierungen zu bremsen und um die Kaufkraft abzuschöpfen. Ueber diese Maßnahmen ist ein Frosch-Mäusekrieg innerhalb der herrschenden Klasse im Gange. Der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Industrie, Berg, klagt die Adenauer-Regierung mit ihrem Finanzminister, Schäffer, an, durch Hortung dieser 5 Milliarden (zu denen 1956 noch 2 Milliarden hinzukommen), die „gesunde Konjunktur" zu stören. Die Industriellen fordern eine Förderung der Konjunktur durch Senkung der Kapitalsteuern. Dem Wirtschaftsminister Erhard wird vorgeworfen, durch seine Maßnahmen gegen die Kartellbildung gegen sein eigenes Prinzip der „freien Marktwirtschaft" zu handeln und der deutschen Industrie den erfolgreichen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu erschweren.

Die deutsche Arbeiterklasse begnügt sich in der Bundesrepublik mit einigen Pfennigen Lohnerhöhung und versucht im übrigen, durch Ueberstundenschieben sich einige Trinkgelder aus den von ihr geschaffenen Profiten zu ergattern. Die SPD und die Gewerkschaften fordern, die Senkung der Verbrauchssteuern, tun aber nichts, um die Kampfkraft der Arbeiter zu mobilisieren und einzusetzen.

Aehnliche Entwicklungen finden wir in **England.** Da hier noch an der parlamentarischen Demokratie festgehalten wird, mußte Butler als verantwortlicher Finanzminister über die Klinge springen. Das benutzte Eden, um seine Regierung umzubilden. Er konnte bei dieser Gelegenheit den bisherigen Außenminister Macmillan, der als „starker Mann" in der Außenpolitik allerlei Porzellan zerschlagen hat, ins Finanzministerium versetzen. Er soll mit dem neuen Arbeitsminister zusammen die britischen Arbeiter darin hindern, ihre Lohnforderungen durchzukämpfen. Das kommende Jahr steht in England im Zeichen verschärfter Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, und, wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht ganz auf die Ausnützung der günstigen Konjunktur verzichtet, auch in der Bundesrepublik. Wenn nicht alles trügt, wird diese Verschärfung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in England und in Westdeutschland, Rückwirkungen auf die Politik dieser Länder haben. Es nähert sich der Augenblick, wo das Verhalten der Arbeiterklasse in den Tageskämpfen um Lohn und Brot die Außenpolitik der herrschenden Klassen mehr oder weniger stark beeinflussen wird.

Weltpolitisch gesehen war das Jahr 1955 bewegt. Am Beginn des Jahres stand die Erklärung der Westmächte, daß die **NATO-Strategie** jetzt soweit sei, „einen Angreifer schon an der Türschwelle zurückzuwerfen . . . Auf diese Weise wird Westeuropa nicht in die Lage kommen, erst wieder befreit werden zu müssen". Und Eden erklärte zu den Verhandlungen des Atlantikrates, „daß die NATO bei ihrer strategischen Planung sich voll und ganz auf die Verwendung taktischer Atomwaffen, wie Atomartillerie, ferngelenkter Geschosse und kleiner Atombomben stützen darf".

Weihnachten 1954 nahm die französische Kammer mit 287 gegen 260 Stimmen die Aufnahme Deutschlands in den Brüsseler Pakt an. Nur eine Minderheit der Kammer fügte sich dem angloamerikanischen Druck und legalisierte die Remilitarisierung der Bundesrepublik. Eisenhower erklärte in seiner Rede über die weltpolitischen Ziele der USA: „Die USA versuchen, in den verschiedenen Teilen der Welt lokale und nationale Truppen aufzubauen, die eine ordentliche Regierungsführung sicherstellen."

Zu diesen politisch-strategischen Plänen äußerte die „Prawda" am 6. Januar 1955: „Die eifrigen amerikanischen Verfechter der Atompolitik sollen nicht vergessen, daß die SU über alle Mittel zur Vernichtung ihrer Angreifer verfügt."

In **Frankreich** wurde Mendès-France, der 20. Ministerpräsident der vierten Republik, gestürzt, der zuvor als Retter gefeiert worden war. Die reaktionären Vertreter des Finanz- und Kolonialkapitals in der Kammer rächten sich damit für den Abschluß eines Waffenstillstandes in Indochina, der ihrem Piasterschwindel und ihren Kriegslieferanten-Profiten ein Ende machte. Mendès-France strebt ein Kompromiß an in Tunesien, das ihre Kolonienausbeutung in Tunesien, Algerien und Marokko bedrohte. Die MRP, die katholische Volkspartei, verzieh Mendès-France nicht die Ablehnung der Europablockpolitik, die ein vom politischen Katholizismus beherrschtes Kleineuropa anstrebte.

Auf die Schaffung der Westunion und die deutsche Remilitarisierung folgte die **Regierungsumbildung in der SU.** Ministerpräsident Malenkow wurde durch Bulganin ersetzt. Zu dem phantastischen Geschwätz über diesen Präsidentenwechsel in der bürgerlichen Weltpresse — und nicht nur in dieser —, begnügten wir uns, die Tatsache in der ARPO Nr. 4 festzustellen: „Die drohende Remilitarisierung Westdeutschlands, die militärische Drohung der USA gegenüber China sind der Anlaß zur Kursänderung." Es erfolgte die Wiederverlegung des

Schwergewichts von der Leicht- und Konsummittelindustrie auf die Schwerindustrie.

An die **SEATO-Konferenz** in Bangkok im März 1955 erinnern wir nur, um festzustellen, daß sie eine völlige Pleite für Dulles war. In Südvietnam schalteten die USA-Politiker den letzten Rest von Einfluß aus, den die Franzosen in ihrer Kolonie noch hatten und machten aus dem proamerikanischen Präsidenten Diem einen indochinesischen Syngman Rhee. Die Durchführung der in Genf feierlich gefaßten Beschlüsse, die für 1956 eine freie Volksabstimmung über die Vereinigung von Nord- und Südvietnam vorsahen, wurde verhindert.

Ein in seiner Tragweite auch heute noch nicht voll abzuschätzendes Ereignis des Jahres 1955 ist die erste Konferenz der Vertreter der 29 asiatischen und afrikanischen Länder, die vom 18. bis 24. April in **Bandung** auf Java stattfand. Der Zusammenschluß dieser Länder schaffte einen Machtblock, der sich der Unterwerfung der imperialistischen Kriegsvorbereitungspolitik widersetzt. Die fortgeschrittensten dieser Länder sind zu einer echten, friedlichen Koexistenz mit dem sozialistischen Block bereit.

Im April trat Churchill von der aktiven politischen Bühne ab und Eden wurde Ministerpräsident. Dieser benutzte die Krise in der Labour-Party zur **Auflösung des Unterhauses.** Butler sorgte mit seinem demagogischen Budget, das den Kleinbürgern materielle Vorteile versprach, für den Sieg der Konservativen. Die 1½ Millionen ehemaliger Labourwähler, die sich bei den Maiwahlen der Stimme enthielten, weil sie zwischen dem konservativen und dem Labour-Programm keinen Unterschied herausfinden konnten, ermöglichten eine große Regierungsmehrheit der Konservativen.

Die Bulganin-Regierung ergriff in der Weltpolitik die Initiative. Sie lud Vertreter der **österreichischen Regierung zu Verhandlungen über einen Staatsvertrag** ein, die rasch zu einem Erfolg führten. Die Oesterreicher verpflichten sich zu staatspolitischer Neutralität und die westlichen Besatzungsmächte sich zu gleichzeitiger Räumung Oesterreichs.

Der Bereinigung der Spannung mit dem kleinen Oesterreich folgte die Vorbereitung und Durchführung der **Reise Bulganins und Chruschtschews nach Jugoslawien**, die das Verhältnis dieses Landes zum sozialistischen Weltblock einerseits und dem imperialistischen änderte. An einem von der NATO geführten Krieg zur „Befreiung der in den Volksdemokratien unterdrückten kapitalistischen Elemente" werden jugoslawische Armeen kaum noch teilnehmen. Gewiß, die Rückerinnerungen an die von der SU geführte Kominformpolitik wirken noch nach. Die finanziellen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Abmachungen zwischen der SU und Jugoslawien bilden künftig eine solide Grundlage für eine immer enger werdende Zusammenarbeit. In dem Maße, in dem die SU darauf verzichtet, Jugoslawien zu schulmeistern und die nationalen Verschiedenheiten beider Länder berücksichtigt, wird auf der Basis der kommunistischen Grundsätze eine engere Zusammenarbeit ermöglicht. Die Zypernpolitik der Briten und das Aufbrechen der alten türkisch-griechischen Gegensätze haben den militärischen Wert des Balkanpaktes für die Westmächte so gut wie liquidiert. Die Erfolge der Außenpolitik der SU haben eine Aenderung der Taktik der Westmächte ausgelöst und sie zu Verhandlungen über die Abhaltung einer Konferenz der vier leitenden Staatshäupter bereit gemacht. Das Ergebnis war die **Genfer Konferenz.**

Die Konferenz der vier Staatsoberhäupter Bulganin, Eisenhower, Eden und Faure begann am 18. Juli in Genf. Begleitet waren sie von den Außenministern Molotow, Dulles, Macmillan und Pinay; Bulganin außerdem von dem Sekretär der KPdSU Chruschtschew. Das Ergebnis der Konferenz wurde von der gesamten Weltpresse als ein entscheidender Wendepunkt, als Ende des kalten Krieges gefeiert. Nur die deutsche Adenauer-Presse war weniger begeistert. Wer sich sein Urteil auf Grund der Erklärungen Eisenhowers und Bulganins bildete, mußte zu optimistischen Urteilen gelangen. Wir urteilten in unserer Stellungnahme zur Genfer Juli-Konferenz vorsichtiger. Wir schrieben in Nr. 15 der ARPO: „Bis Ende 1956, d. h. bis zu den Wahlen des Präsidenten, des Repräsentantenhauses und einem Drittel des Senats in den USA besteht die Wahrscheinlichkeit der Erhaltung des Waffenstillstandes im kalten Krieg... Wenn der Waffenstillstand im kalten Krieg von längerer Dauer sein soll, dann muß aber die Arbeiterklasse Europas und besonders Deutschlands den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu ihrer eigenen Aufgabe machen."

Wir sahen in den Versöhnungsreden Eisenhowers und Bulganins eine Wendung in der diplomatischen Taktik, keine Aenderung oder wesentliche Milderung des ausschlaggebenden Gegensatzes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Wir sahen auch in der Einschaltung der DDR in das diplomatische Spiel keine Abkehr von der bisherigen Sowjetpolitik zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die Sowjetregierung hat die Ratschläge, die Ulbricht-Bürokratie zu liquidieren, den Zonenwerktätigen Arbeiterdemokratie zu geben und gestützt auf die nichtkommunistische, aber technisch hochqualifizierte Arbeiterschaft die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen, nicht befolgt. Nur die SED-Bürokratie hat wortstark die von Chruschtschew proklamierte Verteidigung der Errungenschaften propagiert. Es sind keine Tatsachen zu verzeichnen, daß die DDR-Werktätigen jetzt bereiter sind, die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Seitdem Bulganin und Chruschtschew sie dazu aufgefordert haben und nicht mehr bereit sind, die DDR durch freie Wahlen den Westmächten auszuliefern, auch wenn diese bereit wären, Westdeutschland zu räumen, seitdem hat die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR Höchstziffern erreicht.

Die Gegnerschaft gegen die Besatzungspolitik in der DDR beruhte nie und beruht nicht darauf, daß die Werktätigen fürchteten und fürchten, die Russen könnten die Errungenschaften an den Westen preisgeben, sondern umgekehrt darauf, daß die Russen diese Errungenschaften festhalten wollten und wollen. Die SU zieht daraus die Schlußfolgerung, daß sie sich fester denn je auf die Ulbrichtbürokratie stützen muß. Nur in dem Maße, in dem in der DDR sich bessere, klassenbewußte Massenkräfte entfalten, die entschlossen sind, die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel und ihre planmäßige Anwendung zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu verteidigen, wird die Sowjetmacht bereit sein, sich auf diese besseren Kräfte zu stützen. Sie werden abgenützte Werkzeuge erst ersetzen, wenn sie bessere haben. Aufgabe der Arbeiterklasse ist jedoch, nicht ein besseres Werkzeug für die Besatzungsmacht abzugeben, sondern sich die Herrschaft über den Staat und die staatssozialische Verwendung der Produktionsmittel zu erkämpfen. Alle, die sich diesem schweren Kampf in der DDR durch die Flucht entziehen, stehen unter der Ulbrichtbürokratie, denn diese verteidigt die Maßnahmen, die im Gesamtinteresse der Arbeiterklasse liegen, während die Flüchtlinge vom Besatzungssozialismus zum Besatzungskapitalismus desertieren. Das ist ein eminent politischer Kampf, der klarer kommunistischer Führung bedarf. Die Opfer dieses Kampfes, die nach dem Westen fliehen, und nicht die Deserteure, haben unsere volle Solidarität zu beanspruchen, sie fliehen nicht ohne gekämpft zu haben.

Die Versöhnungsreden auf der Julitagung in Genf wurden von Eisenhower bald nach seiner Rückkehr in die USA korrigiert. Am 24. August erklärte er: „Für uns kann es keinen echten Frieden geben, wenn er auf die Anerkennung des status quo hinausläuft." Eden hieb in dieselbe Kerbe. Die Franzosen waren zu intensiv mit innenpolitischen Kabalen und den Aufständen in Algerien und Marokko beschäftigt, um in der Weltpolitik etwas anderes zu tun, als darüber mitzuklagen, daß die

Russen nicht bereit waren, den status quo im Interesse der Westmächte preiszugeben.

Die SU reagierte auf die Klagelieder der Westmächte mit der Fortsetzung ihrer diplomatischen Offensive. **Adenauer wurde nach Moskau eingeladen** und mit ihm die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Amnestierung und Rückführung der als Kriegsverbrecher in der SU verurteilten Deutschen vereinbart.

Unverrückbares Ziel der SU ist die Liquidierung der Einkreisung des Ostblocks und Chinas. Die **Remilitarisierung Westdeutschlands**, die nach fünfjährigem Kuhhandel zwischen den imperialistischen Mächten jetzt diplomatisch legitimiert wurde und am Beginn der Verwirklichung steht, ist der stärkste Machtzuwachs im Lager der Westmächte. Deshalb gibt die SU den Widerstand gegen die Aufstellung der 12 Divisionen nicht auf. Die Verzögerung der deutschen Remilitarisierung bleibt unmittelbare Aufgabe. Der Vorschlag eines Sicherheitspaktes, dessen Endziel die Liquidierung aller Kriegsbündnisse ist, sowie die Abrüstungsverhandlungen bleiben auf der Tagesordnung. Bei diesem diplomatischen Spiel wird in der nächsten Zukunft nicht viel mehr herauskommen als bisher, da Resultate in diesen Fragen erst möglich werden, wenn sich weitere Veränderungen im Kräfteverhältnis ergeben haben.

Die Friedensverhandlungen zwischen **Japan** und der SU wurden ergebnislos abgebrochen. Die Japaner möchten durch Verhandlungen zurückerobern, was sie im Angriffskrieg verloren haben. Darin gleichen sie den deutschen Imperialisten. Während Westdeutschland durch das „Wirtschaftswunder" wieder in Reih und Glied mit den übrigen kapitalistischen Ländern steht, ist dies mit Japan noch nicht soweit. Der Handel auf dem Weltmarkt wird Japan durch Großbritannien und Australien erschwert. Der Konkurrenz Japans wirken sie nach Kräften durch Sperrung der Einfuh. in ihre Einflußgebiete entgegen. Ohne Frieden mit China und der SU sind Handelsbeziehungen mit den beiden Ländern nicht realisierbar.

Der von MacArthur eingesetzte Ministerpräsident Joschida wurde gestürzt, weil er von seiner Pilgerfahrt in die USA nicht die erforderlichen Dollars mitbrachte. Die von ihm geführte Mehrheitspartei spaltete sich und sein Gegner Hatoyama — ein von MacArthur verurteilter Kriegsverbrecher — übernahm die Regierung. Bei den Neuwahlen gewannen die zwei sozialistischen Parteien, die Linken und die Rechten, Mandate. Zwei Kommunisten wurden ebenfalls gewählt. Hatoyama erneuerte das von MacArthur verhängte Verbot der Kommunistischen Partei nicht. Seine Regierung war bei den Verhandlungen mit den USA nicht erfolgreicher als Joschida. Sie erlangte auch nicht die erforderliche ökonomische Unterstützung. Den Auftrag von Dulles, die Armee zu vergrößern, konnte seine Regierung nicht akzeptieren, da nicht nur die Mittel dazu fehlten, sondern außerdem die Absicht, Japan als Hilfstruppe der USA zu remilitarisieren, auf die starke Gegnerschaft der Werktätigen, Intellektuellen und Teile der Bourgeoisie stieß. — Die beiden bürgerlichen Parteien haben sich jetzt wieder vereinigt. Dadurch haben sie zwar eine Mehrheit im Parlament, aber keine ⅔-Mehrheit. Diese ist aber zur Aufhebung des unter dem Druck von MacArthur in die Verfassung aufgenommenen Passus nötig, wonach Japan jede Armee verboten ist. Auch die beiden sozialistischen Parteien haben sich vereinigt. Die Tage der Regierung Hatoyama sind aber gezählt. Jetzt leitet ein Viererausschuß die vereinigte bürgerliche Partei. Ob Neuwahlen im parlamentarischen Kräfteverhältnis wesentliche Aenderungen herbeiführen, ist fraglich. An den Grundursachen der Interessengegensätze, die Japan in die schwierige ökonomische und weltpolitische Lage versetzten, ändern sie nichts.

Ueber die Zustände in Frankreich und den nordafrikanischen Kolonien haben wir laufend in den letzten Nummern berichtet, so daß wir in dieser Uebersicht nur kurz auf die **Entwicklung im Saargebiet** einzugehen brauchen. Was wir am 20. August in Nr. 16 zur Saarabstimmung schrieben, ist durch die Abstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober und durch die Saarwahlen am 19. Dezember bestätigt worden. Die Abstimmungen fanden unter deutschpatriotischen Losungen statt. Das Statut wurde mit ⅔-Mehrheit verworfen. Dieselbe Masse, die sich in der ersten Zeit des Besatzungsregimes mit 900 bis 1000 Kalorien ohne Widerstand dem französischen Protektorat unterwarf und 1947 der Saar-CDU unter der Führung Hoffmanns eine Mehrheit von 51,2% gab, wählte jetzt das deutsche „Wirtschaftswunder". Immer nach der Devise: „Wo es mir gut geht, ist mein Vaterland!"

Trotz des nationalen Rummels schrieb Joachim Besser in „Die Welt" vom 20. Dezember 1955: „Niemand erwarte hier radikale Lösungen." Auch Hoffmann und seine CDU sind jetzt für Rückgliederung der Saar an Deutschland; nicht nur sie, auch die angeblich stets prodeutschen Parteien sind für Berücksichtigung der ökonomischen Interessen Frankreichs. „Le Monde" vom 21. Dezember behauptet, daß mehr als ein Drittel der gewählten prodeutschen Saarabgeordneten alte Nazimitglieder seien. „Le Monde" gibt ihre Namen, Eintrittsdatum und ihre Funktionen bei den Nazis an. In der CDU des Dr. Ney sollen 7 von den 14 Gewählten ehemalige Nazis sein. Dr. Hubert Ney selbst, der Präsident der CDU, sei zwar nicht Parteimitglied, aber Mitglied des nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes und des ebenfalls nationalsozialistischen Kriegerbundes gewesen.

Auch auf die **zweite Genfer Konferenz** der vier Außenminister im Oktober brauchen wir nur kurz zu verweisen. Sie war eine vollständige Pleite. Der Westen verlangte von der SU vor jeder verbindlichen Behandlung der russischen Sicherheitspläne die Zustimmung zu „freien Wahlen" in der DDR. Der Kreml bestand auf Vorverhandungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Das Bundesparlament lehnte jede Anerkennung der DDR ab und die Westmächte taten das gleiche. Der SU wird unterschoben, daß sie die Bolschewisierung ganz Deutschlands anstrebe. Daß dies die Westmächte, die diese Behauptung propagieren, selbst nicht glauben, wird durch den zornigen Ausruf Macmillans bestätigt: „Bisher haben wir die Russen nicht aus Ostdeutschland herausbekommen, aber nach Jahren starrsinnigen Widerstandes sind sie wenigstens aus Oesterreich herausgegangen. Ich bin überzeugt, daß wir sie auch zwingen, aus Deutschland herauszugehen, wenn wir nur festbleiben und unseren Druck auf sie festhalten."

Nun, mit diesem Druck der Westmächte auf die Russen sieht es um die Jahreswende nicht besonders günstig aus. In Europa stellt sich der Kreml aufs Warten ein. Im Nahen und Fernen Osten hat die SU die Westmächte, die Briten im besonderen, unter Druck gesetzt. Die Konferenz in Bagdad war ein Fiasko, besonders wieder für England. Der britische Versuch, **Jordanien** zum Beitritt zum Bagdad-Pakt zu zwingen, hat vollständig Schiffbruch erlitten. Der Massenprotest hat die probritische Regierung, die sich bereit erklärt hatte, dem Bagdadpakt beizutreten, nach ein paar Tagen verjagt. Das Parlament wurde aufgelöst, Wahlen für März angesagt und zu ihrer Durchführung eine provisorische Regierung eingesetzt. Das ist mehr als eine diplomatische Schlappe für England.

Jordanien ist der letzte Stützpunkt der Engländer auf dem Festland in Kleinasien. Die arabische Legion, eine britische Schöpfung unter dem Kommando englischer Offiziere, widersetzt sich der Unterordnung unter das mittelasiatische Kommando der Bagdadorganisation. Die Legion und die jordanische Regierung lebten bisher von den Subsidien, die ihnen England zahlte. Saudi-Arabien, das Millionen Dollar an Profiten aus der Ausbeutung seiner Oelquellen durch die Amerikaner bezieht, hat sich mit Aegypten und Syrien zusammen bereit erklärt, an Jordanien Subsidien in der gleichen Höhe zu

zahlen wie die Briten, wenn sich Jordanien nicht dem Bagdadpakt anschließt und künftig das britische Kommando ablehnt. Dazu kommt die Verschärfung der Lage in **Zypern.** Demonstrierende Schüler werden auf echt englische Weise mit Stockprügeln für das britische Besatzungsregime begeistert.

Der Konflikt der Araber mit **Israel** verschärft sich. Wenn dieser Entwicklung nicht bald Einhalt geboten werden kann, droht der größte Judenpogrom der Geschichte Tatsache zu werden und dem Traum der Zionisten ein blutiges Ende zu bereiten. Die Ergebnisse der vierwöchigen Propagandatour Bulganins und Chruschtschews durch Indien, Burma und Afghanistan sind ein Prestigegewinn für die SU und ein Verlust an Ansehen für die anglo-amerikanischen Imperialisten.

Die **Bilanz des Jahres 1955** ist für die anglo-amerikanischen Mächte eine starke Einbuße an Prestige und Einfluß. Das Gleichgewicht zwischen den USA und der SU bei der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben, ferngelenkten Raketen und Weitstreckenbombern ist die Realität, die das Kräfteverhältnis des sozialistischen zum kapitalistischen Block letzten Endes entscheidend bestimmt. Nach Sachverständigenurteil ist nicht die Ueberlegenheit in der Zahl der Atom- und Wasserstoffbomben entscheidend, sondern die Tatsache, daß der Gegner, der sich gegen einen Atom- und Wasserstoffbombenangriff verteidigt, noch imstande ist, seine Bomben an den Mann zu bringen, auch wenn sie an Zahl kleiner sind.

Gestützt auf diese, von niemand mehr bezweifelte Kraft der SU hat der Finanzminister Swerow in der Eröffnungssitzung der Tagung des Obersten Sowjets mitgeteilt, daß im Jahre 1956 die Verteidigungsausgaben um 10% gekürzt werden. Das ist möglich, weil die SU die Streitkräfte um 640 000 Mann verringert hat als Folge des Rückzuges der Sowjettruppen aus Oesterreich und Aufgabe des Marinestützpunktes Porkkala in Finnland. Das Gesamtbudget für 1956 sieht 591 Mrd. Rubel Einnahmen und 568 Mrd. Rubel Ausgaben vor. 750 000 Bürokraten werden aus den Büros in die Betriebe geschickt, 760 000 neu ausgebildete Spezialfachkräfte aus den Fach- und Hochschulen, 120 000 mehr als im vergangenen Jahr, werden 1956 ihre Examen machen. Eine Preissenkung in Höhe von 4 bis 5% für Güter des Massenbedarfs ist geplan. Das Kräfteverhältnis des sozialistischen Weltblocks zum kapitalistischen hat die Tendenz, sich zu Beginn des Jahres 1956 zugunsten des sozialistischen Lagers zu verändern.

Von „Fernsteuerungen" und „Tarnorganisationen":

Die „Welt" berichtigt sich

Wie wir bereits in ARPO Nr. 24, Jahrgang 1955, berichtet haben, hat die „Welt" am 16. Dezember den Betriebsrat der Hüttenwerke Salzgitter AG der „Fernsteuerung" durch eine „Tarnorganisation" bezichtigt. Der Betriebsrat hat daraufhin der Schriftleitung der „Welt" eine Stellungnahme zugesandt, welche die „Welt" am 30. Dezember nur auszugsweise veröffentlicht hat. Der Brief des Betriebsrats der Hütte Salzgitter lautet (wobei wir die von der „Welt" publizierten Stellen fett hervorheben):

In der Ausgabe Nr. 293 der „Welt" vom 16. Dezember haben Sie einen Artikel „Hat der Einbruch begonnen?" von Ilse Elsner veröffentlicht. Darin figuriert der Betriebsrat der Hüttenwerk Salzgitter AG. in folgendem Zusammenhang:

> „Beim Hüttenwerk Salzgitter gehören von 32 Betriebsräten 16 zur oppositionellen Brandler-Gruppe, die man allgemein zu den Tarnorganisationen zählt."

Der Artikel spricht dann von „getarnten Kommunisten" und verkündet u. a.:

> „Denn auch das gehört zu der neuen Taktik der KP. Ihre Mitglieder treten im Schafspelz auf ... Wenn es im übrigen noch eines Beweises für die konsequente und einheitliche Fernsteuerung bedurfte, so lieferte ihn der Beschluß des ebenfalls Anfang September tagenden kommunistischen Metallarbeiterbundes ...
>
> Ein sehr sorgfältig gesponnenes und schwer erkennbares Netz kommunistischer Infiltration wurde über die westdeutsche Wirtschaft geworfen."

Diese Behauptungen beziehen sich direkt auf die von Ihnen erwähnten Mitglieder des Betriebsrates der Hüttenwerk Salzgitter AG, da sie allein in Ihrer zehn Betriebe umfassenden Liste der Zugehörigkeit zu einer sogenannten „Tarnorganisation" bezichtigt werden. Unter „Tarnorganisation" wird im politischen Sprachgebrauch eine Organisation verstanden, die finanziell von der KPD/SED ausgehalten wird und ihre politischen Direktiven aus der gleichen Quelle bezieht, aber unter falscher Flagge segelt, d. h. diese beiden Tatsachen verheimlicht.

Vom ersten Tage seines Bestehens an, hat der Betriebsrat der Hüttenwerk Salzgitter AG. — dessen Betriebsratsvorsitzender Erich Söchtig „seit zehn Jahren mit wachsender Stimmenmehrheit wiedergewählt" wird („Die Welt", 27. 10. 55) — **es als seine oberste Pflicht betrachtet, die Interessen der Arbeiter und Angestellten, die ihn wählten, selbständig und im strikten Gegensatz zu jedem Versuch von „Fernsteuerung" zu wahren.** Wir erinnern uns nicht, daß der Kampf und die Demonstrationen unserer Belegschaft und unseres Betriebsrates gegen die Demontage und gegen die wahnwitzige Zerstörung unserer Existenzgrundlage von der „Welt" je einer „Tarnorganisation" oder einer „Fernsteuerung" in die Schuhe geschoben worden ist. Wir erinnern uns nicht, daß die „Welt" je ihre Leser von den Dreckeimern unterrichtet hat, mit denen die KPD jahrelang in Flugblättern, Sonderausgaben ihrer Zeitung „Wahrheit" und Artikeln den Betriebsrat der Hüttenwerk Salzgitter AG, und ganz besonders den 1. Betriebsratsvorsitzenden Erich Söchtig, zu besudeln pflegte.

Wir erinnern uns aber sehr gut, daß die Berichtstatterin Elsner noch vor einigen Wochen — nämlich am 27. 10. 55 in der „Welt" — ihren Lesern Aufschluß darüber geben konnte, daß der Betriebsratsvorsitzende der Hüttenwerk Salzgitter AG, aus der KPD ausgeschlossen wurde und nicht die politischen Auffassungen der KPD vertritt. („Von den 32 Mann des Betriebsrats gehören etwa 16 seiner politischen Gesinnung an").

Der Sinn Ihrer wider besseres Wissen gemachten Verdächtigungen ergibt sich deutlich aus dem Passus Ihres Artikels vom 16. 12. 1955:

> „Wo sie (die sogenannten „getarnten Kommunisten") neu in einen Betrieb hineinkommen und ihre Vergangenheit nicht bekannt ist, könnte allein ihre Aktivität mißtrauisch machen".

Wir, die wir seit Jahrzehnten gewerkschaftlich organisiert sind und gewerkschaftliche Funktionen bekleiden, verstehen sehr gut, daß gewerkschaftliche Aktivität, und d. h. konsequente Verfechtung der Lohn- und Sozialinteressen der Belegschaft, der politischen Richtung Ihres Blattes ein Dorn im Auge ist. Schon am 27. 10. 55 haben Sie betont, daß der Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit in Salzgitter „beispiellos hoch" ist. In der Hütte selbst gehören über 90 Prozent der Arbeiter und Angestellten zur IG Metall. Wir sind stolz darauf, unseren Beitrag zur Festi-

gung und Stärkung der Gewerkschaftsorganisation geleistet zu haben.

Der Betriebsrat der Hüttenwerk Salzgitter AG hat in seiner Sitzung vom 23. 12. 55 zu Ihren Auslassungen Stellung bezogen und einstimmig beschlossen, gegen die Verleumdung zu protestieren, er unterliege irgendeiner „Fernsteuerung", für die sie nicht den geringsten Beweis erbringen, noch erbringen können. **Oberster Grundsatz unserer Tätigkeit war und ist die Wahrung der materiellen Interessen unserer Belegschaft mit allen gewerkschaftlichen Mitteln. Die politischen Meinungen unserer Belegschaft und ihrer Funktionäre sind ihre eigene Angelegenheit.** Wir lehnen jede Gesinnungsschnüffelei ab, komme sie von der „Welt" oder von der KPD oder von sonstwoher.

Wir erwarten von Ihnen die ungekürzte Veröffentlichung dieser unserer Stellungnahme.

Hüttenwerk Salzgitter A. G., Betriebsrat

Im Anschluß an diese Auszüge aus dem Schreiben des Betriebsrates der Hütte druckte die „Welt" folgende Berichtigung:

„Berichtigung: In der Artikel-Serie „Kommunisten im Betrieb" wurde u. a. vom Betriebsrat des Hüttenwerks Salzgitter berichtet, daß 16 seiner 32 Mitglieder der oppositionellen Brandler-Gruppe angehören. Dazu ist festzustellen: Die Brandler-Gruppe ist keine Tarnorganisation, sondern steht in Opposition zum SED-Kurs. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Hütte Salzgitter wurde aus der KP ausgeschlossen."

Das ökonomische Wetterleuchten im Jahre 1955:

Der Reigen der Diskonterhöhungen

Im abgelaufenen Jahre erfreute sich die westliche Welt weiterhin der Hochkonjunktur. Neue Rekordziffern der Produktion wurden erreicht und übertroffen. Voller Seligkeit halten uns die maßgeblichen Leuchten der Arbeiterbewegung diese imposanten Ziffern unter die Nasen, stolz darauf, daß der gesegnete Westen solche Kleinigkeiten wie Wirtschaftskrisen und ähnliche unangenehme Erscheinungen der Vergangenheit „endgültig" überwunden habe. Wovon sie nicht reden, das ist der in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 in allen wichtigen kapitalistischen Ländern einsetzende Umschwung auf dem Geldmarkt, der in der gegenwärtigen Hochkonjunktur alle Merkmale eines Vorboten der Krise aufweist. Der Trost, die überall vorgenommene Erhöhung des amtlichen Zinsfußes diene der Kontrolle der „überhitzten" Konjunktur, die man „fest" in der Hand habe, ist hohles Gerede oder bewußter Schwindel.

Was diese Herren gerne vergessen, die über die rosigen Backen ihrer Wirtschaft so entzückt sind, ist, daß im Kapitalismus Waren nicht nur produziert, sondern auch verkauft werden müssen. Die kapitalitische Wirtschaft ist nicht nur Produktionsprozeß, sondern Produktions- und Zirkulationsprozeß. Zwar ist die Produktion die Grundlage der gesellschaftlichen Existenz, aber ihr reibungsloser Ablauf erheischt unter kapitalistischen Bedingungen, daß die Zirkulation — also die Verwandlung von Ware in Geld und umgekehrt — nicht unterbrochen oder gestört wird. Es ist eine der Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, daß die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspringenden Krisen sich meist beizeiten in bestimmten Vorgängen der Geld- und Kreditsphäre ankündigen.

Im Jahre 1955 erfolgten in der westlichen Welt nicht weniger als **17 Diskonterhöhungen**, und davon allein vier in den Vereinigten Staaten, die um jeweils ¼ % in den Monaten April, August, September und November vorgenommen wurden. Der Diskontsatz in den USA ist von 1½ auf 2½ % oder um volle zwei Drittel gestiegen. Damit hat er den höchsten Stand seit 1934 erreicht. In Westdeutschland wurde im August der Diskontsatz von 3 auf 3½ % erhöht, nachdem er am 19. Mai 1954 zum fünften Male seit 1952 herabgesetzt worden war.

Um diese Erscheinungen auf dem Geldmarkt zu begreifen, müssen einige ökonomische Grundbegriffe vorausgeschickt werden. In der kapitalistischen Wirtschaft spaltet sich der Profit in **Unternehmergewinn und Zins.** Die Quelle des Profits ist unbezahlte Arbeit, die das Kapital an sich reißt, indem es im Lohn der Arbeitskraft weniger bezahlt, als der Wert ausmacht, den der Arbeiter produziert. Dieser Mehrwert wird vom sogenannten fungierenden Kapitalisten, also vom eigentlichen Unternehmer, angeeignet und steckt in der von ihm produzierten Ware. Sie muß er verkaufen, um die Frucht der kapitalistischen Produktion — den Profit — in Bargeld zu verwandeln. Diese dauernde Verwandlung von Ware in Geld und von Geld in Ware — die sogenannte Warenzirkulation — ist die Basis, auf der sich die kapitalistische Produktion erhebt.

Wenn ein Unternehmer eine Million DM kapitalistisch anwendet, und sage jährlich 20 % Profit macht, so wären das 200 000 DM. Beträgt der Zinsfuß 5 % und ist bei günstiger Konjunktur der Unternehmer imstande, eine weitere Million auszuleihen, so wird er unter sonst gleichen Umständen weitere 200 000 DM Profit machen können, wovon er 50 000 DM (= 5 %) als Zins an den Geldverleiher abführt. Obwohl sein eigenes Unternehmerkapital immer noch eine Million DM beträgt, hat er jetzt 350 000 DM statt nur 200 000 DM Profit erzielt, eine ganz gewaltige Erhöhung seiner Profitrate. In der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft wird daher von vornherein ein Kapital so bemessen, daß es mit Hilfe des Kredits die höchste Profitrate erzielen kann. Es finden sich massenweise Kapitalisten, die Kapital in Geldform festhalten und es den eigentlich in der Produktion fungierenden Unternehmern leihweise zur Verfügung stellen. Je nach dem Angebot an Geldkapital und der Nachfrage reguliert sich der Zinsfuß. Am deutlichsten wird der Zinsfuß von der jeweiligen Höhe des amtlichen Diskontsatzes ausgedrückt.

Der Kredit gibt der kapitalistischen Produktion eine außerordentliche Elastizität und gestattet ihr eine sprunghafte Ausweitung, wenn die Konjunktur günstig ist. Jeder Kapitalist gibt dem anderen Kredit. Bekommt ein Unternehmer Aufträge, so stellt er für die von ihm gekauften Rohstoffe, Materialien etc. **Wechsel** aus. So wie sein Lieferant die Wechsel annimmt, so zahlt ihm sein Kunde ebenfalls mit Wechsel. Die Wechsel sind befristete Zahlungsversprechen von Unternehmern oder Kaufleuten. Mit ihrer Hilfe werden die Schranken durchbrochen, die der eigene beschränkte Geldvorrat des Unternehmers der Ausweitung der Produktion entgegenstellt. Sie ersetzen Geld und eine rigorose Handelsgesetzgebung sichert ihnen diesen Charakter durch entsprechende Strafen. Den erhaltenen Wechsel verwandelt der Unternehmer in Bargeld, indem er ihn **diskontieren** läßt. Der Geldverleiher kauft das Papier und zieht den Zins für die Laufdauer des Wechsel ab. Diese Operation heißt Diskontieren.

In Zeiten des ansteigenden Geschäftes handelt es sich bei der Wechselzirkulation um eine Ergänzung der Geldzirkulation, wobei enorme Mengen Bargeld erspart werden. Alles geht reibungslos vor sich. Die fälligen Wechsel werden gegen Bargeld eingelöst, weil die ihnen zugrunde liegenden Geschäfte sich wie vorausgesehen abgewickelt haben. Obgleich mit der Masse der Geschäfte die Wechselzirkulation wächst, bleibt der Zinsfuß niedrig, da der Wechselkredit tatsächlich nur der Zirkulationserleichterung dient. Das ändert sich mit der eintretenden Sättigung des Marktes. Die Gesellschaft hat ihre Produktivkräfte ungeheuer entwickelt, ohne eine entsprechende zahlungskräftige Nachfrage geschaffen zu haben. Die Preise stehen immer noch sehr hoch, was Anlaß ist, den Ausbau des Produktionsapparates immer weiter voran-

zutreiben. Aber im Absatz (und zwar im Verhältnis zur stark erweiterten Produktion) tritt eine Stockung ein. Und das zeigt sich daran, daß die Wechselbestände bei den Banken stark anschwellen, denn die Rückflüsse haben sich verlangsamt.

Ist das gegen Wechsel geliehene Geld der Unternehmer in der aufsteigenden Geschäftsperiode nur die verwandelte Form seines Warenkapitals, bei dessen Versilberung er es dem Leiher zurückzahlt, so wird auf dem Scheitel der Hochkonjunktur daraus **unmerklich zusätzlich gehecheltes Geldkapital**, das der Unternehmer braucht, weil die Verwandlung seiner Waren in Geld stockt und er diese Stockung nur mit zusätzlichem Kapital überwinden kann, andernfalls er Bankrott macht. Die Banken sind aber in ihrer Fähigkeit, auszuleihen, durch die Einlagen begrenzt und das anschwellende Kreditbedürfnis vermindert sie gerade.

Die Nachfrage nach Bargeld steigt und die Erhöhung des Diskontsatzes, also die Verteuerung des Kredits, soll dieser der Stockung des Warenumsatzes entspringenden Kreditnot „Abhilfe" bringen oder, wie man jetzt so schön sagt, die „überhitzte Konjunktur" abkühlen. In Wirklichkeit zwingt sie den Unternehmer, dessen Profitrate bereits durch den erschwerten Absatz gesunken ist, einen größeren Teil seines Profits an die Banken abzutreten als vorher, verschlimmert also seine Lage.

Der westdeutschen Diskonterhöhung ging eine Zunahme der Kredite im Juni und Juli 1955 „um den Rekordbetrag" von etwa 700 Mill. DM voraus. In den USA stiegen in der ersten Hälfte des Jahres 1955 die Kredite um 2,9 Mrd. Dollar, während sie sich im gleichen Zeitraum des Jahres 1954 um 1,85 Mrd. Dollar verringert hatten, ebenso wie in den zwei vorangegangenen Jahren. Die Konsumentenverschuldung in den USA ist enorm und steigt dauernd. Da sie von den Banken vorfinanziert wird, handelt es sich nur um eine Verschiebung der Absatzschwierigkeiten auf die Kreditebene, was zwar den Krach hinausschiebt, ihm aber letzten Endes eine umso größere Wucht verleihen wird.

Eine andere, nicht minder wichtige Seite dieser Geldmarkterscheinungen ist **die Spekulation.** Welches ist ihre Basis? Wir haben gesehen, daß jede Summe Geld im Kapitalismus die Fähigkeit erhält, goldene Eier zu legen, Zins abzuwerfen. Dadurch wird auch das Umgekehrte möglich, nämlich daß jede feste periodisch bezogene Geldsumme als Frucht eines Kapitals erscheint, bzw. so aufgefaßt wird. Eine Summe von 100 DM, die jährlich von irgendwoher bezogen wird, kann bei einem Zinsfuß von 5 % als Frucht eines Kapitals von 2000 DM angesehen werden. Ein Stück Papier, das das Anrecht auf 100 DM jährlich sichert, repräsentiert dann einen Wert von 2000 DM, denn 2000 DM, verliehen zu 5 %, würden ebenfalls 100 DM abwerfen. Solche Papiere sind die sogenannten **Wertpapiere.**

Nehmen wir **Aktien.** Jemand bezahle 2000 DM für eine Aktie, deren Jahresdividende 100 DM wäre. Wenn nach einigen Jahren die Dividende erhöht wird, weil guter Geschäftsgang dies gestattet, z. B. auf 200 DM jährlich, dann wird bei 5 % Zinsfuß diese Aktie 4000 DM wert sein und entsprechend im Kurs steigen, denn 200 DM entsprechen bei einem Zinsfuß von 5 % einem unterstellten Kapital von 4000 DM. Natürlich spielen alle möglichen Faktoren auf dem Wertpapiermarkt eine Rolle: Geschäftsaussichten, Steuermaßnahmen, Dividende und Dividendenerwartungen, Nachfrage und Angebot, Solidität der Aktiengesellschaften usw. Gerade das macht den spekulativen Charakter des Aktienerwerbs aus. Der entscheidende Faktor bleibt jedoch der allgemeine Zinsfuß. Steigt er, so sinken die Aktienkurse; sinkt er, so steigen sie. Denn ist der Zinsfuß 5 %, so ist das „Kapital", das eine bestimmte Geldsumme (hier die Dividende) ausdrückt, ihr 20faches, ist er 10 % das 10fache, ist er 20 % das 5fache usw.

In der aufsteigenden Konjunkturbewegung ist, wie schon gesagt, der Zinsfuß niedrig, somit die Aktienkurse hoch bzw. steigend, da mit den Profiten die Dividenden zunehmen, ferner immer Geldangebot da ist, das profitable Anlage sucht und auf das Steigen der Kurse spekuliert. Man steigt massenweise in Aktien ein. Die Kurse klettern hoch und da normalerweise Wertpapiere leicht zu verkaufen sind, zweigt ein beträchtlicher Teil der Unternehmer Geld für spekulative Käufe aus dem Geschäftskapital ab. Kredite werden für reine Spekulationszwecke aufgenommen. So berichtet beispielsweise die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" am 15. Oktober 1955:

> „In Westdeutschland haben die Kreditrestriktionen zuerst auf dem Rentenmarkt offenbar werden lassen, daß Wertpapiere in den letzten Jahren häufig die Rolle von Geldmarktiteln spielten ... Manches Unternehmen sieht sich besonders darum gezwungen, seine Wertpapierbestände abzustoßen, weil die größere Flüssigkeit nur selten zum Abbau kurzfristiger Schulden verwandt wurde. Eher wurden sogar Kredite aufgenommen, deren Valuta zunächst gar nichts im Geschäft zu suchen hatte, sondern in Wertpapieren Unterkunft fanden. Jetzt, da die Banken auf den Abbau ihrer kurzfristigen Kredite drängen, und in der Vergabe neuer Kredite hartherziger werden, kommen größere Wertpapierposten auf den Markt. Wie lebhaft sich die Industrie vor allem 1954 für Wertpapiere interessierte, zeigt eine von uns angestellte Untersuchung über die Bilanzen von 30 führenden Aktiengesellschaften."

Die Zeitung rechnet dann vor, daß der Wertpapierbestand dieser „30 führenden Aktiengesellschaften" von 19 Mill. DM im Jahre 1952 auf 296 Mill. DM im Jahre 1954 gestiegen ist, daß also die in der gleichen Zeit sich von 598 Mill. DM auf 941 Mill. DM erhöhenden Bankschulden zum Zwecke von Wertpapierkäufen hergehalten haben.

Diese Nachfrage nach Aktien bewirkte eine noch weitere Steigerung der Kurse. Die enorme, jahrelang anhaltende Kurssteigerung westdeutscher und nordamerikanischer Aktien sind bekannt. So stiegen beispielsweise im kurzen Zeitraum vom 1. 1. 1955 bis zum 30. 9. 1955 die Aktien der AEG von 188 auf 295½, Brown & Boveri von 245 auf 296, Conti-Gummi von 233¾ auf 303 usw. Wird nun aus den früher dargestellten Gründen der Zinsfuß erhöht, so müssen die Wertpapierkurse fallen. Die Kreditverteuerung zeigt Bargeldmangel an und gerade in diesem Moment fällt der Preis der Wertpapiere, die daher massenweise abgestoßen werden. Es kommen die sogenannten „schwarzen Montage", die in den USA und in Westdeutschland nach der Diskonterhöhung auch prompt eingetreten sind.

Ende September wurden allein an der New Yorker Börse an einem einzigen Tage 14 Mrd. Dollar „verloren", in Westdeutschland sank das Kursniveau anfangs Oktober um 10—15 %, „verloren" wurden 3 Mrd. DM. Diese Börsenkrise ist keine Wirtschaftskrise, aber sie pflegt ihr vorauszueilen. Die Börsenkrise ist vielmehr der Hebel einer gewaltigen Eigentumskonzentration, da die plötzlich sehr tief unter ihren normalen Kurs fallenden Papiere von Großkapitalisten und Banken billig aufgekauft werden, um in der folgenden „Erholung" riesige Spekulationsgewinne zu erzielen.

Während dieser Vorgänge bietet die Wirtschaft ein offenbar absolut „gesundes" Bild. Der entscheidende Punkt, an dem die wirkliche Krise einsetzt, ist erreicht, wenn die Warenpreise ins Wanken kommen. Die sich in der Erhöhung des Zinsfußes ausdrückende Bargeldverknappung zwingt die Unternehmer bei stockendem Absatz (die gewaltige Forcierung der Konsumentenkredite ist das gleiche) Zuflucht im Bankkredit zu suchen. Es kommt der Punkt, an dem die Banken nicht mehr den verlangten Kredit geben können, zumal der steigende Bargeldbedarf ihre eigenen Reserven vermindert. Und dann müssen die Unternehmer Ware losschlagen, um Zahlungsmittel zu erhalten. Das Sinken der Preise beginnt, während allen getätigten Kreditverpflichtungen das bisherige Preisniveau zugrunde lag. Die Wechsel können nicht mehr aus dem Erlös der Ware bezahlt werden, Kredit ist nicht zu erhalten, das Verlangen nach Bargeld wird stärker denn je, Verkauf um jeden Preis ist das Gebot der Stunde — und das ist die Wirtschaftskrise.

Die wiederholten Steigerungen des Diskontsatzes in den USA sind untrügliche Gewitterwolken, die sich zusammenballen. Die Frage ist nur, wann dem Wetterleuchten das Gewitter folgt. 1929 begannen die amerikanischen Zentralbanken im Februar den Diskont zu steigern, am 29. Oktober folgte der totale Börsenzusammenbruch, der die große Weltwirtschaftskrise einleitete.

Die allgemeine theoretische Einsicht gestattet jedoch keine bestimmte Aussage über den Zeitpunkt des Eintretens einer Krise. Der allgemeine Inhalt setzt sich in jeweils verschiedenen konkreten Formen durch, deren Vielfalt genauere Aussagen verhindert.

Inwieweit die gegenwärtige Automatisierungswelle in den USA das Eintreten der Krise hinauszögert, ist ein Fragezeichen, sicher ist, daß sie letzten Endes die Explosivgewalt ungeheuer vermehrt. In unseren Tagen liegt das Waterloo des Weltkapitalismus auf dem nordamerikanischen Kontinent. Ungewiß ist, wann der Hexensabbat losgeht, gewiß ist nur, daß er naht.

Die Gemütlichkeit hört auf

Am 19. Dezember griff der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, mit ungewohnter Schärfe die Kreditpolitik der Bank deutscher Länder an und warf ihr vor, auf dem besten Wege zu sein, die Konjunktur „abzuwürgen". Der Ton und die „verantwortungslose" Sprache des sonst so feierlichen und würdigen Herrn, der hier im Namen des gewerblichen Unternehmertums loslegte, haben die „zuständigen Fachkreise erschüttert". Wenn's um's Geld geht, hört allerdings die Gemütlichkeit auf. Und es geht um Geld. Die Diskonterhöhung, die den Zorn Bergs herausgefordert hat, läuft darauf hinaus, daß den Banken über den erhöhten Zins ein größerer Anteil am Unternehmerprofit zufließt. Hinzu kommt, daß man für Anfang 1956 mit einer weiteren Erhöhung des Diskonts rechnet, was die Dinge weiter verschärfen wird.

Das Unternehmertum hat durch Berg noch andere Forderungen angekündigt. Es verlangt, daß die Steuerpolitik „in den Dienst der Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie gestellt" werde oder in anderen Worten, daß die bisherigen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten ausgeweitet werden. Die Großindustrie will statt der sogenannten „linearen Steuersenkung", bei der alle Großeinkommen begünstigt werden und einige Brosamen sogar für die breiten Massen abfallen, noch weitergehende als die bisherigen Sondervergünstigungen.

Die Regierungspläne über ein Kartellgesetz haben es Berg vollends angetan. Dieser Sprecher der sogenannten „freien" Unternehmerschaft betrachtet „jede Einschränkung oder Ablehnung von Kartellen" als eine „untragbare Diskriminierung". Das ist der Grund, weswegen sich besonders die süddeutsche Fertigwarenindustrie von Berg distanziert hat. Gegen die Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung durch Monopolpreise hat sie zwar nichts, aber da sie stark exportabhängig ist und selbst unter den Monopolpraktiken ihrer Lieferanten leidet, wünscht sie wenigstens eine gewisse gesetzliche Sicherung gegen „Mißbräuche".

Wie der Herr, so's G'scherr, kann man nur sagen, wenn man den Niederschlag dieser materiellen Interessengegensätze innerhalb der Bourgeoisie auf ihre „wissenschaftlichen" Sprachrohre betrachtet. Die sechs wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute konnten sich mit einem Male nicht mehr auf gemeinsame Empfehlungen einigen, es gibt eine Mehrheit und eine Minderheit. Sie sind auseinandergefallen wie ihre jeweiligen Brötchengeber. Die einen sind für, die anderen gegen eine „Anwendung der Kreditbremse". Natürlich sind sie sich alle einig, daß die Löhne viel stärker gestiegen seien, als „der Wirtschaft" gut tue. Eine schöne Illustration der „aktiven Konjunkturpolitik", von der man so viele wunderbare Geschichten erzählt hat. Ist der Zeitpunkt gekommen oder näher gerückt, an dem diese Schönredner den harten Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft gegenüberstehen, dann sind sie mit ihrem Latein am Ende.

„Die große Schlacht des Don Camillo"

Es ist der dritte Film des Camillo-Peppone-Themas, und jeder folgende war entschieden schlechter als der vorangegangene. Duvivier drehte den ersten Camillo-Peppone-Film, bei dem der Kampf der armen Bauern und Arbeiter Italiens gegen die Reichen in heiteren, aber dennoch unverkennbaren Zügen die Kulisse beherrschte. Bei aller Boshaftigkeit, mit der das Drehbuch den Kommunisten Peppone verhöhnte, blieb genug Lebenswahres vom Klassenkampf auf dem flachen Lande übrig, das eine gewisse Wirkung ausstrahlte, zumal der niedrige italienische Klerus meist selbst aus armen Teufeln besteht, die Freud und Leid der Gemeinde teilen und oft genug in ein religiöses Gewand kleiden, was im Grunde ein soziales Anliegen ist.

In der dritten Ausgabe werden Don Camillo und Peppone in einer Weise strapaziert, der man es von weitem anmerkt, daß der Erfolg des Erstlings zur hirnlosen und seichtesten antikommunistischen Propaganda herhalten mußte. Don Camillo ist inzwischen dermaßen gescheit und Peppone dermaßen blöd geworden, daß jede Pointe dieses politischen Kleinkrieges verloren geht, und eine vertrottelte Masse einem noch vertrotteiterem Gummilöwen nachläuft. Die Partisanen sind Feiglinge, der Widerstandsheld von Pfaff gibt ihnen das Beispiel wirklichen Muts: nicht den Großgrundbesitzer bekämpfen die Kommunisten, nein, einen Bauern, der fleißig „gespart" hat und sich ein Stück Land kaufte; in seiner Wahlrede läßt Peppone plötzlich königs- und vaterlandstreuen Unsinn los, was ihn weder den Beifall, noch die Stimmen des johlenden Haufens kostet, der da als Volk paradiert.

Aus einem Streifen, dessen belebender Hintergrund das politische Erwachen der italienischen Landarmut war, ist ein Machwerk zusammengestümpert worden, dessen Verlogenheit höchstens vom edlen Herzenswunsche seiner Inspiratoren übertroffen wird, die Roten mögen auch in der Wirklichkeit solch klägliche Tröpfe sein, wie sie uns hier auf der Leinwand vorgestellt werden.

Des Papstes Jesus-Christ-Vision

Als Seine Heiligkeit war krank,
sah Sie das Christus-Wunder
und wurde darauf — Gott sei Dank —
sehr schnell gesund und munter.

Das Wunder war so wunderlich,
die ganze Welt, die wundert sich.
So hat sie sich seit neunzehnhundert
Jahren schon nicht mehr gewundert.

Was hilft hier alle Wunderei?
Man fühlt sich nicht ganz wohl dabei
und sieht sehr schwarz nach diesem Wunder
und flüstert schon: die Welt geht unter.

Mein Gott! Bei Gott und Jesus Christ.
Ist möglich, was unmöglich ist?
Und so hat mancher seine Not,
man stirbt nicht gern' bei seinem Tod.

Selbst die, die sehr zum Himmel streben,
möchten hier noch weiter leben,
solange diese krumme Welt
am Ende auseinanderfällt.

Die Furcht, daß dieses Wunder kündet
den Untergang, ist unbegründet.
Geht man dem Wunder auf den Grund,
gibt's einen großen Wunderschwund.

Um's Dogma der Unfehlbarkeit
des Papstes gab's internen Streit.
Es glaubt so mancher fromme Christ
nicht, daß ein Mensch unfehlbar ist.

Damit das Kirchendokument
ein jeder Christ auch anerkennt,
bedurfte es noch Gottes Stempel,
der treibt die Zweifler aus dem Tempel.

Des Papstes Christ-Vision, die trifft
so gut wie Gottes Unterschrift.
So bleibt vom Wunder als Extrakt —
ein päpstlicher Verwaltungsakt.

Pezo

Salzgitter-Erzbergbau:

Der Proteststreik auf Haverlahwiese

Seit langem gab es Spannungen und Unzufriedenheit in der Belegschaft der Schachtanlage Haverlahwiese. Und nicht nur dort, sondern auch auf anderen Schachtanlagen kriselte es seit längerem, weil die Gedingeregelungen für den Kumpel immer unerträglicher werden und zwischen dem Steiger und dem Hauer zu ständigen Differenzen führen, weil, wie uns die Kumpel bestätigen, die Steiger die Hauer untereinander ausspielen. Bei dem Aushandeln der Bedingungen kommt es vor, daß die Steiger behaupten, die andere Kolonne habe dieses Gedinge schon akzeptiert, man dürfe ruhig unterschreiben, während umgekehrt bei der anderen Kolonne dann behauptet wird, die andere hätte schon unterschrieben, oder aber die Hauer legen Bedingungen fest, die sie später nicht wahrhaben wollen. Dies alles geschieht ohne Hinzuziehung des Betriebsrats. Diese Tatsache hat zu ständigen Spannungen und Verärgerungen geführt, bis es dann zur Explosion kam.

Am Vormittag des 7. Dezember 1955 war es dann soweit, der Zustand war unhaltbar geworden und der Betriebsrat versuchte einzugreifen. In einer Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Steiger soll der Betriebsrat — in Gegenwart mehrerer Kumpels — gesagt haben, dieses ganze Gedinge baue sich auf Lug und Trug auf. Das nahm die Werksleitung zum Anlaß, um den Betriebsrat wegen Beleidigung eines Bergbeamten fristlos zu entlassen.

Der Betriebsratsvorsitzende Trapphoff soll nach Angaben der Werksleitung es abgelehnt haben, eine ordentliche Untersuchung einzuleiten bzw. soll eine ordentliche Untersuchung nicht abgewartet haben, er wandte sich vielmehr direkt und unmittelbar an die Belegschaft. Ferner habe Trapphoff nach Schichtschluß seine Behauptung noch einmal in Gegenwart des Obersteigers wiederholt. Es wäre nach Meinung der Werksleitung Pflicht des Betriebsrats gewesen, vermittelnd einzugreifen, statt unmittelbar die Belegschaft zu informieren.

Als diese fristlose Entlassung bekannt wurde und die Nachricht sich schlagartig über die gesamte Anlage verbreitete, ist die zweite Schicht nicht mehr eingefahren und die erste Schicht, die ausfuhr, versammelte sich mit dieser in der Kaue und vor dem Werksgebäude und gab ihren Unwillen unmißverständlich zum Ausdruck. Der Vorstand des Erzbergbaus sandte daraufhin den Direktor Prause, der beschwichtigend und vermittelnd eingreifen sollte, zu den Kumpels. Ihm verging aber Hören und Sehen, da die Kumpels in Aerger und Wut über die Entlassung Trapphoffs den Herrn Direktor bespuckten, ausschimpften und hin und her stießen. Anscheinend wußten sie sich nicht anders zu helfen. Trapphoff selbst wurde auf einen Wagen gehoben, von dort aus sprach er zu der gesamten Belegschaft und gab seinen Standpunkt bekannt.

Die gesamte Belegschaft stellte sich einmütig hinter Trapphoff und verteidigte ihn. Auch die Nachtschicht ist später nicht eingefahren. Die Kumpels sahen in Trapphoff den Verteidiger ihrer Interessen und hatten endlich Gelegenheit, ihren Unwillen und ihren Unmut in Protesten zum Ausdruck zu bringen. Der Proteststreik dauerte etwa 48 Stunden. Dann war es mit der Kraft zu Ende.

Zwischen dem ersten Ansprechen des Betriebsratsvorsitzenden bei dem Betriebsleiter Friedrich und dem Eingreifen der Belegschaft vergingen immerhin rund 6 Tage. Wir glauben, daß, wenn man es gewollt hätte, die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, diesen Streitfall in irgendeiner Form zu klären. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß man ganz bewußt darauf abzielte, Trapphoff zu erledigen und daß Trapphoff selbst auf die Provokation auch hineingefallen ist.

In einer Belegschaftsversammlung am 15. Dezember wurde die Belegschaft mürbe gemacht. Zwei Vertreter der IG Bergbau aus Bochum, der Geschäftsführer Wegener von der Zahlstelle der IG Bergbau Salzgitter, und Schoch vom Gesamtbetriebsrat machten ihr klar, daß sie „an Frau und Kinder denken" sollten, zumal es jetzt vor Weihnachten sei. Im übrigen könne das Arbeitsgericht ja feststellen, ob Trapphoff zu Recht entlassen worden sei oder nicht. In einer anschließenden Abstimmung haben dann von 787 anwesenden Belegschaftsmitgliedern 458 für Beilegung, 296 für Weiterführung des Streiks gestimmt und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit war der einheitliche Wille der Belegschaft gebrochen.

Welche Lehren haben die Bergarbeiter aus ihrer Protestaktion zu ziehen?

1. Wir sind der Meinung, daß der Gesamtbetriebsrat die Pflicht gehabt hätte, **sämtliche Betriebsräte aller Schachtanlagen zusammenzuholen,** um mit ihnen gemeinsam die gesamte Sachlage zu erörtern und dementsprechende Beschlüsse zu fassen. Vor allen Dingen hätte er die Ursachen dieses Protestes aufdecken müssen und, wenn es stimmt, daß die Steiger sich in dieser Art und Weise verhalten haben, ihre Entlassung verlangen müsen. Denn sie sind die eigentliche Ursache, daß es zu diesem Proteststreik gekommen ist resp. ihre Auftraggeber.
2. Seit langem ist bekannt, daß die Belegschaft **nicht genügend Verbindung mit ihrer gewerkschaftlichen Organisation hat.** Das Verhältnis zur Organisation ist ein sehr lockeres, weil die Betriebskassierung über das Lohnbüro getätigt wird. Dadurch ist der Funktionärkörper sehr schwach und nur mangelhaft arbeitsfähig. Die ständige Beeinflussung der Belegschaft im gewerkschaftlichen Sinne ist nur unzureichend.
3. Trapphoff war Mitglied der KPD. Der Rummel, den man in der DDR veranstaltete, wo man von heldenmütigem Kampf unter Führung der KPD sprach, war eine sehr starke Belastung für den Streik. Denn wenn Trapphoff KPD-Mitglied war, so war das keineswegs der Grund des Streiks, vielmehr der Protest der Belegschaft gegen die Maßregelung ihres Betriebsratsvorsitzenden.
4. Die Belegschaft Haverlahwiese und Altenhagen blieb **isoliert,** d. h. sie konnte diesen Protest über ihre Anlage nicht hinaustragen und die Gesamtbelegschaft von etwa rd. 6000 Mann nicht mit in den Kampf hineinziehen. Den Vertröstungen der IG Bergbau gelang es, nach 48 Stunden die Kumpels zum Einfahren zu veranlassen. Das zeigt die innere Schwäche und das mangelnde Bewußtsein über die Notwendigkeit der einheitlichen und geschlossenen Aktion.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir im Salzgitter-Gebiet im vorigen Jahr einen ähnlichen Fall hatten, nämlich bei der SMG, wo zwei junge Kollegen, Wagner und Nagel, fristlos entlassen waren, weil sie angeblich die Belegschaft „aufgewiegelt" hätten. Es ist damals durch das einheitliche Auftreten der Belegschaft und durch das energische Eingreifen des 2. Bevollmächtigten der IG Metall, Erich Söchtig, gelungen, diese beiden fristlosen Entlassungen rückgängig zu machen. Bei der SMG sind aber eine Reihe junger Kollegen, die vorbildliche Gewerkschaftsarbeit leisten und das restlose Vertrauen ihrer Belegschaft besitzen. Gestützt darauf, war es der IG Metall möglich, ihren Standpunkt gegenüber der Werksleitung damals durchzusetzen.

Mögen auch die Kumpels des Erzbergbaus die richtigen Schlüsse daraus ziehen und versuchen, bessere Vertretungen und bessere Voraussetzungen zu schaffen, damit solch unwürdige Methoden auf ihrer Schachtanlage endlich verschwinden. Wir möchten den Kollegen zurufen, daß es vollständig falsch ist, wenn jetzt aus Verärgerung hier oder dort das Mitgliedsbuch fortgeworfen wird. Umgekehrt! Sorgt dafür, daß eure Organisation alles Schwache und Morsche beseitigt und tretet für eine starke tatkräftige Gewerkschaftsorganisation ein, in der ihr euch bessere Voraussetzungen für die Verteidigung eurer Interessen schafft. Jeder andere Weg dient dem Unternehmer! Nicht Zersplitterung, sondern Einigkeit macht stark! Aber seid kritisch dabei, kuckt euren Funktionären nicht nur auf den Mund, sondern auch auf die Finger. Wir glauben, daß dies notwendiger, denn je ist, weil nur eine vom einheitlichen Willen der Belegschaft getragene Vertretung wirksam die Interessen ihrer Kollegen wahrnehmen kann — und im Unglück nun erst recht!

Jahresprofit — ein Vielfaches des Stammkapitals!

Volkswagen schlägt Opeldividende der 116%

Vor Weihnachten haben die Wolfsburger Volkswagenwerke über den Geschäftsverlauf der letzten vier Jahre berichtet. Die sensationelle 116 %-Dividende, die Opel in diesem Sommer ausgeschüttet hat, ist damit weit in den Schatten gestellt worden. Welche märchenhaften Profite heutzutage in Westdeutschland gemacht werden, das zeigt die Volkswagen-Bilanz jedem, der sehen will. Denn näher hinschauen muß man schon, da an der Oberfläche der fetten Suppe nur ein ganz armseliger Jahresgewinn von 4,26 Mill. DM und eine lausige 9 %-Dividende herumschwimmen.

Die Tageszeitungen haben in ihren Wirtschaftsteilen ebenso wie die eigentlichen Wirtschaftsblätter ganz ungeniert und ohne den geringsten Vertuschungsversuch ausgesprochen, daß der auf das Stammkapital von 60 Mill. DM ausgeschüttete obige Gewinn reine Augenauswischerei ist. Die wirklichen Gewinne sind in stille Reserven, Rückstellungen, Abschreibungskunststücken u. ähnl. mehr verpackt worden. Die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" schreibt in ihrer Analyse der VW-Bilanz:

> „Geht man von den Steuern aus, die allein für Ertrag und Vermögen gezahlt wurden ... und sieht sie grob als 70 % des steuerpflichtigen Gewinns an, dann bedeutet dies Jahresgewinne von ungefähr 50, 90, 110 und **150 Mill. DM.** Da eine ganze Reihe steuerlicher Vergünstigungen in Anspruch genommen wurde, liegen diese Zahlen eher unter als über den tatsächlich erzielten Gewinnen."

Diese Jahresgewinne für 1951, 1952, 1953 und 1954 sprechen schon eine andere Sprache. Sie bedeuten, daß 1954 der Jahresgewinn der VW-Werke zweieinhalb mal so groß war wie das ganze Stammkapital! Das sind 250 %! Die „Stuttgarter Zeitung" schätzt gar den Gewinn auf 18 % des Umsatzes, was für 1954 **190 Mill. DM** ausmachen würde.

Bei einem Anlagevermögen von 185 Mill. DM im Jahre 1954 hat das Werk, das überhaupt keine Bankkredite in Anspruch nahm, flüssige Mittel (Bargeld und Wertpapiere) von 162 Mill. DM in der Hand. In diesem Jahre wurden die stillen Reserven und Rücklagen mit 259 Mill. DM ausgewiesen, was doppelt soviel ist wie 1951, als man erst 126 Mill. DM zurückgestellt hatte.

Eines der beliebtesten Mittel, die Profite zu verschleiern, sind fingierte Abschreibungen. Abschreibungen sollen die dem Verschleiß entsprechende Wertminderung in Rechnung stellen. 1954 figurierten die „Maschinen und maschinellen Anlagen" mit 77 Mill. DM in der Bilanz. „Abgeschrieben" wurden im gleichen Jahre jedoch 66 Mill. DM. Entsprächen diese Ziffern den Tatsachen, so hieße das, daß man beinahe den kompletten Maschinenpark in einem Jahre erneuert habe, was natürlich nicht geschah. Vielmehr handelt es sich um die Verschleierung von Gewinnen.

Solch ungeheuere Profite fallen nicht vom Himmel. Sie entstammen der intensiven Arbeit der VW-Belegschaft, die die Produktion des Werkes zwischen 1951 und 1954 verzweieinhalbfacht hat und 1954 eine Viertelmillion Wagen erreichte. Die Belegschaft hat sich in diesem Zeitraum noch nicht einmal verdoppelt. Dafür stieg die **Produktivität** enorm. Während 1951 je VW-Beschäftigten jährlich 7,2 Wagen produziert worden waren, sind es 1954 10 Wagen gewesen, eine Leistungssteigerung um mehr als ein Drittel, nämlich um 38 %! Und was haben die Arbeiter von dieser unerhörten Fließbandrationalisierung gehabt? Welches war ihr „Profit"? Der ausgewiesene **Durchschnittsstundenlohn** am Jahresende, also nicht im Jahresdurchschnitt, ist von 1951 = **DM 1,92** auf **DM 2,25** im Jahre 1954 gestiegen. Das sind 17 %, was in umso größerem Kontrast zur Produktivitätserhöhung steht, als eine erhebliche Steigerung der Lebenskosten das Ausmaß der tatsächlichen Vermehrung des Reallohnes bedeutend vermindert hat.

Man gewinnt eine bescheidene Vorstellung von der Ausbeutung der VW-Belegschaft, wenn man folgende Ziffern für 1954 mit der Summe der Löhne und Gehälter dieses Jahres — 133,88 Mill. DM — vergleicht:

geschätzter Jahresgewinn	150—190	Mill. DM
Steuern	136,5	Mill. DM
Investitionen aus eigenen Mitteln	91	Mill. DM
etwa	375—420	Mill. DM

Selbst wenn man von dieser Summe sage 100 Mill. DM auf konjunkturelle Extragewinne zurückführt zum Unterschied von der eigentlichen Wertschöpfung, so bleibt immer noch ein Verhältnis von bezahlter Arbeit zur unbezahlten von 1:2 bis 1:2,5. Die vom Unternehmen eingesteckte unbezahlte Arbeit ist zwei bis zweieinhalmal so hoch wie die Lohn- und Gehaltssumme. Jeder Mark die an Lohn oder Gehalt bezahlt wird, entsprechen zwei bis zweieinhalb Mark, die von den Schöpfern des Reichtums für den Unternehmer und seinen Staat erarbeitet werden. **Die Mehrwertrate liegt wenigstens bei 200 bis 250 %.**

Das war 1954. Inzwischen ist ein gewaltiges Investitionsprogramm für das neue VW-Werk in Hannover ausgearbeitet worden und 1955 sind statt der Viertelmillion von 1954 eine Drittelmillion Wagen ausgestoßen worden. Eine entsprechende Zunahme der Profite wird zu verzeichnen sein. In diesem Zusammenhang lohnt es sich einen Blick auf die **Preispolitik** des Volkswagenwerkes zu werfen und sie mit der „Seelenmassage" des Herrn Erhard zu vergleichen, der gleich anderen Fakiren Preissenkungen durch allerlei Beschwörungen herbeizuzaubern verspricht. Die „Stuttgarter Zeitung" schrieb zu diesem Punkte:

> „Um wieviel der Preis des Volkswagens nun heute noch überhöht ist, darüber kann man sich streiten, aber einen Anhaltspunkt ergeben doch wohl die Exportpreise. Man kann ja wohl kaum annehmen, daß das im Besitz der öffentlichen Hand befindliche Unternehmen im Export etwa Dumpingpreise anwenden würde. Die Entwicklung unserer Handelsbilanz böte heute auch nicht mehr den mindesten Anlaß dazu. Da man in Wolfsburg ständig um den weiteren Ausbau des Exports bestrebt ist, muß man wohl vermuten, daß der Export auch wirtschaftlich noch interessant ist. Für das vergangene Jahr wird der Erlös für die VW-Limousine im Export wohl etwa bei 3500 DM, für die Kleinbusse und Transporter im Schnitt bei 4000 DM liegen. Wenn auch diese Preise nun aber noch einen Gewinn oder zumindest keinen Verlust gebracht hätten, dann wären die Differenzen zu den Inlandpreisen — rund 5000 DM für die Limousine und etwa 5850 DM für die übrigen Fahrzeuge — nichts anderes als Uebergewinne, die durch das Ausnützen der Marktlage hereingeholt worden sind."

Woraus zu ersehen ist, daß von der Möglichkeit, die Preissenkungsversprechen von der Ebene der Volksreden auf die der Tatsachen zu verlagern, nicht der geringste Gebrauch gemacht wird, obgleich das Volkswagenwerk vom Bund und dem Lande Niedersachsen treuhänderisch verwaltet wird. Im Aufsichtsrat sitzt übrigens auch Otto Brenner von der IG. Metall.

Die VW-Bilanz bestätigt und unterstreicht, was bereits die Opelbilanz lehrte und darüber hinaus alle Abschlüsse der Großunternehmen. Auf der Grundlage niedriger Löhne werden Profite gemacht, die ihresgleichen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte suchen. Die westdeutsche Demokratie meint es gut mit den Wirtschaftskapitänen und Finanzgewaltigen. Aus Schutt und Trümmern haben ihnen die Arbeiter die Werke wieder instand gesetzt und gewaltig erweitert. Diese Fabriken sind den kapitalistischen Eigentümern Mittel einer weiteren Bereicherung.

Statt die Arbeiter in energische Lohnkämpfe zu führen, um sich einen größeren Anteil an dem von ihnen erzeugten Reichtum zu holen, haben die Gewerkschaftsführer nach Jahren „verantwortungsbewußter Zurückhaltung" jetzt den Kommunistenschreck als einigenden Nenner mit dem Unternehmertum ausgegraben. Unfähig, die

Konjunktur gewerkschaftlich auszunutzen, haben sie sich vielmehr an der Ruhr, in Hamburg und Kassel vor die wohlgefüllten Geldschränke des deutschen Wirtschaftswunders gestellt. Während die Unternehmerklasse Milliarde um Milliarde anhäuft, kriechen die Löhne im Pfennigtempo voran. Diesen Preis müssen die Arbeiter bezahlen, weil sie eine Führung an ihrer Spitze dulden, die das sozialistische Ziel gegen den Bettel der „sozialen Gerechtigkeit" und das Wimmern über den Klassenkampf „von oben" eingetauscht hat. Die VW-Bilanz hält der deutschen Arbeiterbewegung den Spiegel vor's Gesicht!

Südamerikanischer Brief

„Die argentinischen Zeitungen sind zum Speien. Seit Monaten wird überwiegend der Raum dazu verwendet, wirkliche und angebliche Verfehlungen der Peronisten dem Publikum zu servieren. „Homöopathische Entperonisierung" nennt man das. Dabei gilt bis heute, und wird noch lange gelten, daß, wie Friedrich Engels sagte, in Südamerika immer eine Regierung mit vollen Taschen abgelöst wird durch eine mit leeren Taschen.

Die Abwertung des argentinischen Pesos hat eine gewaltige Teuerung, besonders in Paraguay, mit sich gebracht. Der Berater der neuen Regierung, Prof. Prabitsch, hatte eine Preissteigerung von 10 Prozent angekündigt, die die Besitzenden treffen sollte. Dabei sind in Paraguay Lebensmittel um 30 bis 75 Prozent gestiegen. Man setzt Paraguay unter Druck, um eine Reduzierung seiner Exportpreise zu erreichen. Bei Holz, und das ist das wichtigste, hat Paraguay bereits nachgegeben. Ob man auch politische Umstellungen erreicht, steht dahin.

In Argentinien unterstützt man jetzt die Landwirte, um sie fest bei der Stange zu haben, bis man sich mit den Arbeitern auseinandergesetzt hat. In allen Städten hat man bei der CGT (Gewerkschaftsverband) „Interventoren" eingesetzt. Alle Interventoren sind Armee- und Gendarmerieoffiziere. Die positive Reaktion zeigte sich zuerst bei den Gewerkschaften, die nicht der CGT angeschlossen sind. Zu ihnen gehören vor allem die Drucker. Man wirbt jetzt offenbar für unabhängige Gewerkschaften, die nicht unter Kontrolle der Regierung stehen, mit von der Mitgliedschaft gewählten Führungen.

Das Wahlergebnis in Brasilien hat den Reaktionären in allen Ländern nicht in den Streifen gepaßt. Obgleich der frühere Oberbefehlshaber der Armee schon Monate vor der Wahl einen Staatsstreich durch die Armee angekündigt hatte, falls Kubitschek gewählt würde, weil sonst die Anhänger Vargas erneut zur Macht kämen, wurde Kubitschek doch gewählt. Nun hat das Rennen begonnen. Der Staatsstreich des Kriegsministers Teixeira Lott vom 11. November hat angeblich den Zweck, die verfassungsmäßige Machtübernahme durch den gewählten Präsidenten Kubitschek zu sichern. Das Land war zeitweilig in drei Teile geteilt. In Sao Paulo versuchte der Luftfahrtminister (Führer der Union Democratica) zu regieren, in Santos versuchte es der abgesetzte Präsident Coimbre da Luz, und in Rio de Janeiro amtierte als Präsident der Vizepräsident des Senates Nereu Ramos.

In Bolivien sollen sich die Trotzkisten entschlossen haben, einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Ob das mit der neuen Oppositionspartei, „Partido Popular Revolucionario", in Zusammenhang steht, weiß ich nicht. Die Gewerkschaften haben dem Präsidenten Pas Estensoro eine Reihe Forderungen gestellt: Schaffung revolutionärer Gerichte, Monopol des Außenhandels, Zentralisierung der Eisenbahnen und Enteignung einer reaktionären Zeitung, stärkere Arbeitervertretung in der Regierung".

30. 11. 1955.

Bundesrepublikanisches Notizbuch

Die **Saar-Wahlen** haben einige voreilige Rechnungen zunichte gemacht. Die CDU (25,4 % der Stimmen) ist zwar stärkste Partei, es ist ihr jedoch nicht gelungen, die Wählermassen der separatistischen CVP (21,8 %) zu absorbieren. Der eigentliche Sieger ist der ehemalige Naziführer Dr. Schneider mit seiner DPS (24,2 %). Seine Parole „DPS-Partei des deutschen Widerstandes" und seine von Goebbels gelernte Rabulistik hat reiche Früchte getragen.

Wirkliche Verlierer sind die Arbeiterparteien (SPD = 14,8 %, SP Saar = 5,8 %, KPD = 6,6 %). Die SPD versuchte sich mit der CDU und der DPS in der Ueberbietung nationaler Phrasen zu messen und fiel dabei auf den Bauch. Kurz vor Beendigung des Wahlkampfes schrieb die „Süddeutsche Zeitung" über „Ollenhauers stramme Genossen":

> „Auf alle kultur- und wirtschaftspolitischen Argumente verzichten müssend, glaubt die SPD nur einen Ausweg zu sehen: Sie macht den nationalistischen Ueberschwang munter mit. Dies tun die Saar-Sozialdemokraten allerdings mit einer Bravour, die nicht immer auf wahltaktische Manöver schließen läßt. Die SPD-Kandidaten haben sich nämlich absolut konkurrenzlos darauf spezialisiert, ihre militärische Vergangenheit bei der großdeutschen Wehrmacht in ein wirkungsvolles Licht zu rücken."

Andere Berichte aus dem Wahlkampf schilderten das gleiche. Die SPD als treuer Ekkehard des Heimatbundes hatte sich auf ein Spiel eingelassen, dessen Regeln schon ihre Niederlage enthielten. Eine Arbeiterpartei, die ihr Wesen verleugnet, muß verlieren. Für die „Volksparteiler" in der SPD sollte dies eine Lehre sein.

*

In der Sitzung des DGB-Bundesvorstands vom 19. Dezember wurde **der Fall Agartz „bereinigt"**. Agartz scheidet am 31. Dezember 1955 aus dem WWI aus. Die Sitzung des Bundesvorstands muß ein schönes Bild geboten haben. Brenner, Kummernuß und Imig, die Vorsitzenden der IG Metall, ÖTV und IG Bergbau, waren nicht erschienen. Walter Freitag „hielt sich zurück" und Georg Reuter blieb „neutral". Nur Ludwig Rosenberg war weniger edelmütig und ballerte gegen Agartz los. Der gute Mann plant, wie verlautet, die Auflösung des WWI, kein schlechtes Symbol für den Mann, seine Wegrichtung und künftigen Absichten.

Nicht genug damit, daß die maßgeblichen Gewerkschaftsführer sich feige verdrückten, was auch eine Manier ist, Agartz' Abhalfterung durchzuführen, erlaubte sich der Bundesvorstand in seiner „Welt der Arbeit" vom 23. Dezember den Spaß, einen wortradikalen „Linken", nämlich Heinz Seeger von der IG Holz, damit zu betrauen, Agartz mit Dreck zu bewerfen. Seeger entdeckt die „Gefahr, die der Gewerkschaftsbewegung durch Theoretiker und Wissenschaftler erwächst" und doziert des langen und des breiten über den „Umgang mit Wissenschaftlern", wobei herauskommt: „Wer Wissenschaftler ist, sollte nicht zu gleicher Zeit den Ehrgeiz haben, auch Politik machen zu wollen, genau so wie die, die für die Politik der Gewerkschaften verantwortlich sind, nicht wissenschaftliche Forschung betreiben können".

Daß Heinz Seeger keinen wissenschaftlichen Ehrgeiz hat, ist — nach diesem Artikel zu urteilen — zweifellos ein Gewinn für die Gewerkschaften, aber der Vorwurf, daß Agartz „Politik machen" wollte, zeigt nur das schlechte Gewissen der Gewerkschaftsführer. Wenn man Agartz etwas vorwerfen kann, dann höchstens, daß er keine Politik gemacht hat, daß er sich zurückzog, statt aktiv seinen Standpunkt zu verfechten. Die Resonanz wäre nicht ausgeblieben. Wir haben das freilich von ihm nicht erwartet und uns keinen diesbezüglichen Hoffnungen hingegeben, weil Agartz Reformist ist. Ein Reformist jenes sehr seltenen Schlages, der ausspricht, was ist, der aber deshalb noch lange nicht bereit ist, einen Kampf in den Gewerkschaften aufzunehmen, der auf die Ueberwindung des Reformismus hinauslaufen muß. Agartz' Verdienst ist, daß er den Bankrott der Mitbestimmungstheorie selbst in Frankfurt formulierte, sie zu überwinden, hat er keinen Weg gezeigt.

Nicht uninteressant sind andere Begleiterscheinungen des Falles Agartz. In ihrem Bestreben bei der CDU um gut Wetter nachzusuchen, hat die sozialdemokratische Führung eine rege Tätigkeit entwickelt, bei welch edlem Vorhaben ihr der SPD-Genosse Agartz als räudiger Hund erscheinen muß. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete im Zusammenhang mit den innergewerkschaftlichen Vorgängen am 20. Dezember, daß man den Fall Agartz, Pirker und Horn „vor dem Hintergrund der Gespräche um eine Große Koalition" sehen müsse. Das Blatt schreibt: „Der Parteivorstand der SPD ist so weit gegangen, sich **mit einem Parteiausschlußverfahren gegen Agartz und Pirker** zu befassen".

*

Mitte Januar veranstaltet die **SPD** einen sogenannten **„kleinen Parteitag"**. Die vorgesehenen Themen, worunter solch welterschütternde Probleme, wie „Was hemmt den deutschen Film?", zu finden sind, bestätigen die Anspielungen, daß die SPD vor habe, den Schwerpunkt ihrer künftigen Politik vom Auswärtigen auf das Innere zu verlagern. Das heißt aber nicht etwa, daß sie beabsichtige, der Wehrmacht den sozialistischen Kampf anzusagen, ein Thema, das überhaupt nicht genannt wird. Vielmehr heißt dies, daß die SPD-Führung auch auf das bißchen Opposition verzichten will, das sie in den vergangenen Jahren Adenauer in den Redeschlachten um seine Außenpolitik geboten hat.

*

Der **DGB** hat nach langer Pause seinen **Mitgliederbestand** öffentlich bekanntgegeben. Danach sind 6 104 872 Männer und Frauen im DGB organisiert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Mitgliederzahl um 1529, dieser Stagnation steht eine Zunahme der Beschäftigten im gleichen Zeitraum von einer Million gegenüber. Am 30. September wurden in Westdeutschland 17,8 Millionen Beschäftigte gezählt. Von den 6,1 Millionen DGB-Mitgliedern sind 82,6 Prozent Arbeiter, 10,5 Prozent Angestellte und 6,9 Prozent Beamte. Die IG Metall ist mit 1,67 Mill. Mitglieder die stärkste Industriegewerkschaft. Es folgt die ÖTV mit 843 680 und die IG Bergbau mit 612 872 Mitgliedern.

Die Stagnation in der Mitgliederbewegung kommt nicht von ungefähr, sondern hat ihre realen Ursachen in der Politik des DGB-Vorstandes und der Vorstände der einzelnen Industriegewerkschaften. Daß die Mehrheit der Kollegen mit der Politik des DGB-Vorstandes nicht zufrieden ist, das haben sowohl die Betriebsrätewahlen, die „wilden" Streiks und die Proteste gegen den Rausschmiß von Agartz bewiesen.

*

„Jetzt die neue Lohnbewegung vorbereiten", heißt der letzte Schlachtruf der IG Metall. Das ist sicher nötig. Umso nötiger, als die Unternehmer auf der ganzen Linie zu einer Hetze gegen Gewerkschaftsfunktionäre übergehen, deren Aufschrift **Säuberung der Betriebsräte von Kommunisten** lautet. Die Kampfesvorbereitungen des Metallvorstandes sehen sonderbar genug aus. So wurde die Liste der zehn kommunistisch „verseuchten" Betriebe, welche die „Welt" am 16. Dezember publizierte, am 17. Dezember von den „Pressenachrichten" des Vorstandes der IG Metall nachgedruckt und mit folgender Erläuterung versehen:

„Wir glauben im Interesse der Gewerkschaftsbewegung und um von uns aus die Notwendigkeit entsprechender Schlußfolgerungen aus den Betriebsratswahlergebnissen zu unterstreichen, die folgenden Daten veröffentlichen zu müssen; denn nicht nur bei der Westfalenhütte stieg die Zahl der kommunistischen Betriebsratsmitglieder an."

Es folgt die Liste der „Welt". Damit klar ist, wer wem den Ball zuwirft, schrieb der Redakteur der „Pressenachrichten" neben den Zeitungstitel, „Die Welt", eine Klammerbemerkung, nämlich: „(rechtsstehend)"! Rechtsstehende Zeitungen als Kronzeugen und Wegweiser der IG Metall! Um die neue Lohnbewegung vorzubereiten, genügt das aber nicht. Bartum, Petersen und Pogodda, die den „wilden" Streik auf den Hamburger Werften geführt haben, sind aus der IG Metall ausgeschlossen worden. Das wird die „neue Lohnbewegung" sicher stärken. Besonders auf den Hamburger Werften, wo das Organisationsverhältnis denkbar schlecht ist. Dem Kampfjahr 1958 der IG Metall scheinen unerhörte Siege beschieden zu sein.

*

Eine **sensationelle Enthüllung machte die KPD-Zeitung „Bayrisches Volksecho"** am 14. Dezember 1955. Die berüchtigten „Agenturen" hätten am 1. Dezember in Nürnberg eine „Kommunalkonferenz" organisiert, auf der propagiert worden sei, „in den Gemeinderäten für die Kasernenbauten und andere Ausgaben der Dienststelle Blank zu stimmen; zu mindest sich neutral zu verhalten". „Nach unseren Informationen", wird dann gesagt, „scheint diese Konferenz von der parteifeindlichen Brandler-Agentur organisiert worden zu sein."

Dieser ausgemachte Schwindel dient dem Blatt dazu, sich über die Methoden des Klassenfeindes und die Provokateure des Verfassungsschutzes auszulassen. Es stimmt schon, daß es im Adenauer-Staat Provokateure gibt. Wenn sie auch nicht gerade das Pulver erfunden haben, so stehen sie noch turmhoch über den Einfaltspinseln von Provokateuren, die in der Redaktion des „Bayrischen Volksechos" sitzen.

*

Im Bonner Auswärtigen Amt schätzt man Tradition. Die Ribbentrop-Stiefel scheinen schon wieder zu passen. So hat sich das Auswärtige Amt kürzlich zum **Fürsprecher der vorzeitigen Freilassung der 39 in Breda inhaftierten Kriegsverbrecher** gemacht. Postwendend erhielt es eine Erklärung der niederländischen Botschaft in Bonn, in der es heißt: „Wer von diesen Verbrechern als Kriegsgefangenen spricht, tut den wirklichen Kriegsgefangenen ein grobes Unrecht an. Es wäre nicht gut bestellt um das Recht und die Menschlichkeit, wenn man diejenigen, die sich selbst an Recht und Menschlichkeit vergangen haben, als Märtyrer darstellte." Beiliegend waren Auszüge aus den Gerichtsakten der 39: „... schwerste Verbrechen wie Meuchelmord, wahlloses Erschießen von Passanten auf offener Straße, Ermordung von Unschuldigen als Repressalie, Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil und Mißhandlungen."

*

Noch nicht bei uns, aber in unserem stammverwandten Nachbarländle Oesterreich, mußte ein **08/15-Major** die Uniform ausziehen. Er wurde von einem Schöffengericht zu 6 Monaten Kerker verurteilt, weil er einen Untergebenen, der nicht „vorschriftsmäßig" grüßte, niedergeschlagen hatte. — „Warte, warte nur ein Weilchen, dann kommt auch das Glück zu dir" ... im nächsten Jahr schon. Vielleicht sollte man Boxunterricht nehmen?

*

Der Voggenreiter-Verlag hat von „zuständiger Seite" der ersten Streitkräfte-Garnison in Andernach die Mitteilung erhalten, daß die auftragsgemäß gelieferten **Liederbücher** den erforderlichen „zackigen Ton" vermissen ließen. Wie dies geschehen konnte, blieb unerklärlich, denn der Voggenreiter-Verlag ist ja nicht unerfahren in diesen Dingen. Er war Großlieferant von Liederbüchern für die glorreiche großdeutsche Wehrmacht und für die Hitler-Jugend. Schade, daß der Professor Bum-Bum, Herms Niels, nicht mehr lebt, der hätte bestimmt wieder den zackigen Ton reingebracht und die morschen Knochen hätten gezittert.

*

Der Rat der Evangelischen Kirche hat vor Jahresende empfohlen, die **Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen** in die Wehrgesetze einzubauen und einen waffenlosen Ersatzdienst zu schaffen. Die deutsche Nationalkirche, deren Boden und Einfluß durch die Zweiteilung Deutschlands stark unterhöhlt ist, kennt die in den breiten Massen bestehende Ablehnung des „Volk ans Gewehr" sehr gut. Sie versucht, dieser Stimmung so Rechnung zu tragen, daß es einerseits Adenauer nicht allzu weh tut und daß andererseits die Schäfchen nicht davonlaufen und weltlich-radikalen Strömungen verfallen. Daß der Ersatzdienst ohne Waffen im modernen Atomkrieg, wo es hauptsächlich auf die industrielle Leistungskraft ankommt, den Remilitarisierern sogar ganz gelegen kommen kann, zeigt schon der alte, militärisch durchaus rationelle Nazibegriff der „Wehrunwürdigkeit". Kriegsgegnern Waffen zu geben und sie auf die übrigen Manschaften

geistig einwirken zu lassen, ist eine höchst zweischneidige Angelegenheit. Zumal der innere Gebrauch der Armee Gewissenkonflikte heraufbeschwören wird, die noch ganz andere Seiten als religiöse haben.

* *

Journalist sein in der gesegneten westlichen Pressefreiheit, heißt Strammstehen. Für jene Leitartikler, die von der Frechheit nicht lassen können, wenigstens etwas Zivilcourage oder Verstand aufzuweisen, gibt's zwar noch nicht Bau, dafür aber Rausschmiß. Oh, Verzeihung! Sie „lösen ihr Mitarbeiterverhältnis". Nach Paul Sethe ging oder wurde gegangen Herbert von Borch, der in der ehrwürdigen Vorkämpferin der westlichen Freiheiten inklusive Pressefreiheit, der „Frankfurter Allgemeinen", leitzuartikeln pflegte. Daselbst bezichtigte er am 14. November verflossenen Jahres die drei westlichen Pressechefs, eine „verabredete Sprachregelung" vorgenommen zu haben, die Molotow die Absicht der gesamtdeutschen Bolschewisierung unterstellte. „So ohnmächtig", schloß von Borch, „ist kein Volk, daß es sich das Nachdenken in eigener Sache von anderen abnehmen lassen darf". Nachdenken in eigener Sache — höchst ungesund für einen westdeutschen Journalisten!

*

Der nordrhein-westfälische Innenminister Meyers, CDU, **verbot einen Schweigemarsch**, den die **Polizeigewerkschaft** in Köln abhalten wollte. Die Polizeigewerkschaft, ansonsten ein bißchen lahmer Verein, der nicht dem DGB angeschlossen ist, forderte eine bessere Besoldung und eine Weihnachtsgratifikation für die Polizeibeamten. Zur Durchsetzung der Forderung hatte der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen (27 000 Mitglieder) die dienstfreien Beamten für den 21. Dezember zu einem Protestmarsch durch Köln mit anschließender Kundgebung aufgerufen. Auf Anordnung des Innenministers verbot der Kölner Polizeipräsident den Marsch „wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit". Daß die Hüter der demokratischen Ordnung vom demokratischen Recht der Demonstration Gebrauch machen, ist unerhört. Sie sind doch dazu da, Demonstranten niederzuknüppeln. Wer soll sie verdreschen? Schade, daß die Polizeigewerkschaft klein beigab. Es wäre schön gewesen, Herrn Meyers mitsamt seinen Polizeipräsidenten und Regierungsräten auf der Straße zu sehen ... Zylinder auf dem Kopf, Gummiwurscht in der Hand.

*

Der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, SPD-Velt, gab auf einer Pressekonferenz Beispiele der **Preiserhöhungen lebenswichtiger Waren** zwischen dem 15. Januar und dem 15. Dezember 1955. Veit sagte, daß sich die Preise für Roggenbrot Type 1150 von 65 auf 70 Pfg. erhöht haben, für Weizenbrot Type 1050 von 80 auf 90 Pfg., Speisekartoffeln von 20 auf 25 Pfg. je Kilogramm, Einkellerungskartoffeln von 7 auf 9.20 DM für 50 kg frei Keller, Deutsche Markenbutter von 6.64 auf 7.04 DM, Rindfleisch zum Kochen von 4 auf 4.85 DM. Ein Frischei, Klasse B, kostet jetzt 29 Pfg. gegen 24 Pfg. vor einigen Monaten. Das Mühlenkartell hat die Weizenmehlpreise für Einzelhändler um 2 DM und für Roggenmehl um 1 DM erhöht. Preiseingriffe der Regierung seien nur möglich bei Kartellabsprachen. Und bei Kartellabsprachen sei „es sehr schwierig, einen Nachweis für gemeinsame Preisfestsetzungen zu erbringen, da natürlich keine Protokolle darüber geführt würden".

Was uns allen ein großer Trost ist!

*

Am 6. Dezember **stürzte in Frankfurt a. M. durch ein Explosionsunglück ein eben fertiggestelltes Wohnhaus zusammen** und begrub 27 Menschen unter den Trümmern. Die Presse hat lang und breit darüber berichtet und kühnste Kombinationen über die Ursache, die bis heute nicht geklärt ist, gesponnen.

Worüber sie nicht berichtete, das ist sehr aufschlußreich, nämlich über den Zwischenbericht der Frankfurter Kriminalpolizei. Das Ausmaß des Unglücks erscheint da in einem ganz neuen, sehr trüben Lichte. Der Bericht hat einwandfrei „eine mangelnde Festigkeit des Baumaterials festgestellt." Unter anderem entsprach die Deckenkonstruktion nicht der von der Bauaufsicht vorgeschriebenen Norm. „Die in die Decke eingezogenen Bänder sind um 25 Prozent zu dünn gewesen." „Die Kellerdecke, die den Hauptdruck auszuhalten hatte, bestand aus grobkörnigem Beton. Die Herstellerfirma der Gitterträgerdecken soll schon bei anderen von ihr ausgeführten Arbeiten die Norm unterschritten haben."

Welche skandalösen Auswüchse die Baukonjunktur zeitigt, mußte erst kürzlich Bundesminister Preusker bestätigen. Er erklärte, Stichproben hätten ergeben, daß in der Bundesrepublik nur 27 Prozent aller geprüften Mauersteine den Vorschriften entsprochen hätten. So werden Profite gemacht. Und wenn dann so eine Bude zusammenkracht, dann schert sich kein Schwein drum. Man hat ja die wunderschöne Ausrede der Explosion, — das Haus hätte ja auch zusammenstürzen können, wenn es vorschriftsmäßig gebaut worden wäre. So schickt die Regierung ein Beileidstelegramm und ab ist der Bart.

Warum greift die Gewerkschaftspresse diesen Fall nicht auf? Will sie es sich mit ihren ehrenwerten Sozialpartnern nicht verderben?

Krieg dem Kriege

Sie lagen vier Jahre im Schützengraben.
Zeit, große Zeit!
Sie froren und waren verlaust und haben
daheim eine Frau und zwei kleine Knaben,
weit, weit —!

Und keiner, der ihnen die Wahrheit sagt.
Und keiner, der aufzubegehren wagt.
Monat um Monat, Jahr um Jahr ...

Und wenn mal einer auf Urlaub war,
sah er zu Haus die dicken Bäuche.
Und es fraßen dort um sich wie eine Seuche
der Tanz, die Gier, das Schiebergeschäft.
Und die Horde alldeutscher Skribenten kläfft:
„Krieg! Krieg!
Großer Sieg!
Sieg in Albanien und Sieg in Flandern!"
Und es starben die andern, die andern, die andern ...

Sie sahen die Kameraden fallen.
Das war das Schicksal bei fast allen:
Verwundung, Qual wie ein Tier, und Tod.
Ein kleiner Fleck, schmutzigrot —
und man trug sie fort und scharrte sie ein.
Wer wird wohl der nächste sein?

Und dann hieß es plötzlich, das Schiff sei leck.
Der Kapitän hat den Abschied genommen
und ist etwas plötzlich von dannen geschwommen.
Ratlos stehen die Feldgrauen da.
Für wen das alles? Pro patria?

Brüder! Brüder! Schließt die Reihn!
Brüder! das darf nicht wieder sein!
Geben sie uns den Vernichtungsfrieden,
ist das gleiche Los beschieden
unsern Söhnen und euern Enkeln.
Sollen die wieder blutrot besprenkeln
die Ackergräben, das grüne Gras?
Brüder! Pfeift den Burschen was!
Es darf und soll so nicht weitergehn.

Wir haben alle, alle gesehn,
wohin ein solcher Wahnsinn führt —
Das Feuer brannte, das sie geschürt.
Löscht es aus! Die Imperialisten,
die da drüben bei jenen nisten,
schenken uns wieder Nationalisten.
Und nach abermals zwanzig Jahren
kommen neue Kanonen gefahren. —
Das wäre kein Friede.

Kurt Tucholsky

Verantwortlich für Verlag u. Redaktion: B. Schöttle-Thalheimer, Stuttgart-S, Wannenstr.62 - Druck: Verlagsdruckerei Carle, Vaihingen/E. - Die Arbeiterpolitik erscheint am 5. und 20. jeden Monats und kann vom Verlag oder über die Postzeitungsliste bezogen werden. Vierteljährlicher Bezugspreis unter Streifband DM 2.40 zuzüglich 42 Pfg. Porto, zusammen DM 2.82 Vierteljährlicher Bezugspreis über Postzustellungsliste DM 2.58.